

Bundeskanzler Olaf Scholz

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
[Brief per e-mail] bk01@bk.bund.de

13 Februar 2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am Freitag wurde in Brüssel die Aussprache der Ständigen Vertreter/innen der EU-Mitgliedstaaten zur *Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit* auf voraussichtlich Freitag, 16. Februar, verschoben. Die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen sowie der Europäische Gewerkschaftsbund mit seinen 93 nationalen Gewerkschaftsorganisationen und zehn europäischen Gewerkschaftsverbänden fordern Sie dringlichst auf, dieses Zeitfenster **für die Revision der deutschen Position zu nutzen und dem europäischen Lieferkettengesetz zuzustimmen.**

Unternehmen sind tragende Eckpfeiler unserer Gesellschaft, gerade deshalb ist es essentiell, dass sie bei ihrer Tätigkeit Menschenrechte und die Umwelt nicht schädigen sondern respektieren. Deutschland hat diesbezüglich zunächst mit seinem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz eine Vorreiterrolle im Kampf um die Einhaltung der Menschenrechte in Europa und weltweit eingenommen. Doch mit der angekündigten Enthaltung zur europäischen Richtlinie würde Deutschland vom Vorreiter zum Bremser werden. Eine solche Haltung würde gegen Deutschlands internationale menschenrechtliche Verpflichtungen verstoßen und stände im Widerspruch zu den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa und weltweit.

Deutsche Unternehmen, die in den Anwendungsbereich des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes fallen, haben ausdrücklich die Verabschiedung der Richtlinie eingefordert, deren Bestimmungen sie als angemessen und machbar einstufen. Aktuelle Studien zur Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes haben bestätigt, dass es für den so dringlichen Wandel im unternehmerischen Verhalten notwendigerweise rechtlich verbindlicher Regelung bedarf. Eine europaweite Regelung würde Wettbewerbsvorteilen zu Lasten

von Mensch und Umwelt endlich ein Ende bereiten und eine Fragmentierung des EU-Binnenmarktes aufgrund divergierender nationaler Vorschriften verhindern.

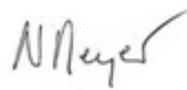
Wir ersuchen Sie daher nachdrücklich, dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland im Rat der Europäischen Union der Trilogeinigung zum europäischen Lieferkettengesetz zustimmt.

Gerne stehen wir Ihnen für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Esther Lynch
General Secretary
European Trade Union Confederation



Nele Meyer
Director
European Coalition for Corporate Justice

Mit Unterstützung von

1. Share Action
2. European Center for Constitutional and Human Rights
3. Transport & Environment
4. Gemeinwohl Ökonomie
5. Solidaridad
6. Cidse
7. Global Witness
8. ClientEarth
9. Oxfam
10. ActionAid
11. Business & Human Rights Resource Centre
12. FIAN Deutschland e.V.
13. Fair Trade Advocacy Office
14. Clean Clothes Campaign

15. FIDH – International Federation for Human Rights

16. Frank Bold

17. Anti-Slavery International

18. EU-LAT Network

ShareAction»



Solidaridad



ClientEarth®

Frank Bold

act:ionaid



Clean Clothes Campaign

